

Reorganisation der Bezirksschulpflege:

Abschaffung der flächendeckenden Visitation durch die BSP

Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Sache. Da wir die regierungsrätliche Vorlage insgesamt undurchdacht und unklar finden, werden wir uns nur kurz dazu äussern:

1. Wir sind erstaunt über die Kühnheit der Vorlage, die, ohne konkrete Alternativen und Kostenfolgen zu nennen, eine Behörde einfach abschaffen will und das ganze zudem noch offen als Sparübung deklariert. Damit wird ein Einzelelement der laufenden Reformbemühungen (Personalgesetz, Oberstufenreform, LoF, WIF, usw.) aus dem Paket herausgenommen, ohne dass die Auswirkungen auf andere Elemente klar würden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bevor nicht entschieden ist, ob und wo die teilautonomen Schulen eingeführt werden, womit mit den Schulleitungen eine neue Hierarchiestufe eingebaut wird, kann über den Abbau einer Aufsichtsbehörde nicht entschieden werden.
2. Obwohl wir nicht am Reformbedarf bei der Schulaufsicht zweifeln, lehnen wir das Sparargument als Auslöser ab. Es müsste zwingend nachgewiesen werden, wo die Spareffekte liegen, was nicht der Fall ist.
3. Wird die flächendeckende Visitation durch die BSP abgeschafft, verbleibt als einzige Behörde der schulischen Volksaufsicht die Gemeindeschulpflege. Diese ist aber alleine kaum in der Lage, die Qualität der Volksschule aufrechtzuerhalten. Zudem bleibt unbeantwortet, wer die Qualität der Gemeindeschulpflegen überwacht.
4. Daraus ergibt sich die Feststellung, dass die Reorganisation der BSP *nicht ohne diejenige der Gemeindeschulpflegen und eventuell weiterer Organe (z.B. Erziehungsrat)* durchgeführt werden kann. Gefordert ist ein Gesamtmodell der Schulaufsicht unter Einbezug der Kindergärten – sie werden in der Vorlage vergessen!! –, der LehrerInnenberatung, der Frage, wer schul- und bildungspolitische Impulse einbringt, der externen Evaluation, u.a.m.

Insgesamt ist die regierungsrätliche Vorlage ungeeignet, das Schulaufsichtssystem zeitgemäss zu reorganisieren und den Behörden jeder Stufe die nötigen Kompetenzen zu verschaffen. Die Grüne Partei hat sich daher an die Erarbeitung eines Gesamtmodells für die Schulaufsicht gemacht, das alle Organe (PräsidentInnenkonferenzen, Organe der Verwaltung wie Zentralschulpflegen, Erziehungsrat, ED etc.) in die Überprüfung einbezieht. Wir gehen dabei von zwei Szenarien aus:

1. Dort wo teilautonome Schulen eingerichtet werden, können wir uns eine jährlich stattfindende Kontrolle der einzelnen teilautonomen Schulen, durch ein externes Team vorstellen, das aus Laien und professionellen Evaluatorinnen zusammengesetzt ist, die vom Volk und teilweise von der Verwaltung gewählt werden. Die Visitationen einzelner Lehrer durch die/den jeweils zugeordnete/n Bezirksschulpfleger/in könnten somit entfallen.

2. Generell plädieren wir dafür, dass es neu nur noch eine Schulpflege gibt, die zu einem Drittel aus pädagogischen Fachleuten (Wahl durch die ED) und zu zwei Dritteln aus Personen besteht, die vom Volk gemäss Parteienproporz gewählt werden. Diese Personen wären besser auszubilden als heute und besuchten die Lehrkräfte in Teams (Begleitgruppen), die vermehrt zielorientiert arbeiten und auch einen Bericht erstellen würden. Die Konferenz der SchulpräsidentInnen übernehme zusätzliche Aufgaben der Berichterstattung aus den Gemeinden.

Zur Behandlung der Rekurse wäre eine Rekurskommission zu bilden, die von der Plenarversammlung der Schulpflegen der einzelnen Bezirke gewählt würde. Um eine möglichst grosse Unabhängigkeit zu gewährleisten, ist auch zu prüfen, ob die Rekurskommissionen ihre Aufgabe jeweils in einem anderen als ihrem Wahlbezirk ausführen sollen.

Insgesamt streben wir eine Professionalisierung der Schulaufsicht an, ohne den Milizcharakter abschaffen zu wollen. Damit könnte die Lücke, die durch die Abschaffung der Bezirksschulpflegen entsteht, gefüllt werden.

Gerne werden wir uns erlauben, Ihnen unser Konzept nach seiner Fertigstellung zuzusenden.

Im Folgenden möchten wir noch auf einige Punkte der Umverteilung der Aufgaben näher eingehen:

2.1 Visitationen

Die Mängel bei den Visitationsberichten werden zwar weitgehend richtig dargestellt, sind aber ein alter Hut. Eine von den Bezirksschulpflegen schon lange gewünschte Verbesserung müsste über eine Ausweitung der Kompetenzen und der Ausbildung gehen, nicht über die Abschaffung des Problems. Wenn die Gemeindeschulpflegen zudem diese Berichte faktisch als Arbeitszeugnisse missbrauchen – ein Umstand, welcher der Grünen Fraktion der BSP

Zürich von der ED bestätigt wurde –, dann liegt dies nicht an den Bezirksschulpflegen. Wir vermissen in der regierungsrätlichen Vorlage aber jeden *konkreten* Hinweis auf Alternativen. Die Gemeindeschulpflegen müssten für die Leistungsbeurteilung jedenfalls mehr und besser arbeiten, was auch nicht billiger kommt.

2.3 Rekurs- und Beschwerdewesen

Ebenfalls undurchdacht sind die Ausführungen zu diesem Punkt. Wenn die Bezirksschulpflegen schon so praxisnah und beweglich sind, dann nur wegen ihrer flächendeckenden Laienaufsicht. Sie abzuschaffen wäre mit dieser Logik also genau falsch.

2.4 Kontrolle der Lehrmittel

Salopp ist die Behauptung, dass die Eltern im Regelfall in der Lage seien, die Lehrmittel zu kontrollieren. Die Grüne Fraktion der BSP hat in mehreren Anfragen bei verschiedenen Stellen in der ED vergeblich versucht, ein Verzeichnis der Lehrmittel zu erhalten. Es dauerte über ein Jahr, bis ein solches erschien; vorher war die Verwaltung nicht einmal zu Auskünften fähig. Zu-dem haben Eltern keine Weisungskompetenzen, was ihre Beanstandungen, wie die Erfahrung zeigt, in der Regel aussichtslos macht.

Wir möchten abschliessend noch einmal betonen, dass wir einer Reform der Bezirksschulpflege bzw. der gesamten Schulpflege durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen. Die vernehmlassete, mangelhafte Vorlage müssen wir aber zurückweisen. Gerne hoffen wir, dass Sie unsere Anregungen und Ideen in der weiteren Bearbeitung berücksichtigen werden und verbleiben

Im Auftrage des Vorstandes der Grünen Partei Kanton Zürich, mit freundlichen Grüssen

Zürich, den 12. Juli 1996

Toni Baggenstos

Parteisekretär